Monatsspiegel

Juli/August 2018

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Die EU steht am Scheideweg

Von Kerstin Westphal
Abgeordnete im Europäischen Parlament

Europa wird in Zukunft anders aussehen, soviel steht schon heute fest! Mit dem Brexit erleben wir ein Novum in der mittlerweile 60jährigen Geschichte der Europäischen Union. Die Verunsicherung ist groß. Und das nutzen Anti-Europäer, Nationalisten und Rechtskonservative, um Stimmung gegen das größte Friedensprojekt der europäischen Geschichte zu machen.

Der bevorstehende Brexit steht beispielhaft für die Situation der EU. Die Lage ist komplex, die Verhandlungen zwischen EU und dem Vereinigten Königreich sind schwierig, eine Lösung nicht absehbar. Die EU steuert in dieser Frage „auf Sicht", auch weil die britische Regierung völlig konzeptlos agiert.

Neue Aufgaben für die EU27

Mindestens zehn Milliarden Euro werden im EU-Haushalt nach dem Ausscheiden des Nettozahlers Großbritannien fehlen. Auf der anderen Seite sind die Erwartungen an die EU und ihre Aufgaben aber gewachsen: Gemeinsame Verteidigungsstrategie, koordinierte Hilfe, Rückführung und Verteilung von Flüchtlingen, Schutz der europäischen Außengrenzen etc. bedeuten mehr finanzielle Verantwortung für die 27 verbleibenden Mitgliedsstaaten. Eine Lösung wären höhere Eigenmittel aus den Nationalhaushalten. Denn mit einer drastischen Kürzung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens lassen sich die vielen neuen Herausforderungen nicht meistern. Deutschland hat sich zu dieser Verantwortung bekannt, bei unseren Nachbarn sieht man es offensichtlich anders.

Diese fehlende Entschlossenheit verunsichert die Bürgerinnen und Bürger weiter. Die europäische Rechte formiert sich. Die Regierungen in Polen und Ungarn, aber auch Österreich, jetzt auch in Italien und sogar in Bayern sprechen es frei aus: Die Zeit des „geordneten Multilateralismus" sei vorbei, sagt etwa Markus Söder, und legt damit die Axt an unsere europäischen Werte und das EU-Motto „In Vielfalt geeint". Der ungarische Präsident Viktor Orbán schlägt in dieselbe Kerbe und zieht Zäune und Stacheldraht durch Europa. Er führte eine gnadenlos populistische Kampagne „Stoppt Brüssel!" und schürt Ängste vor Migranten. Damit gewinnt man derzeit vielleicht Wahlen, aber löst kein einziges Problem. Multilateralismus ist ein schwieriges Wort, aber es bedeutet eigentlich nur: Probleme lassen sich besser miteinander als gegeneinander lösen. Die Geschichte Europas zeigt, wie richtig diese Idee ist.

Populismus und Nationalstaaterei löst keine Probleme

2018 ist ein entscheidendes Jahr, für Bayern, für Deutschland, für Europa. Sowohl die Landtagswahl im Oktober als auch die Europawahl 2019 werden Richtungswahlen. Denn die EU steht am Scheideweg.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die einzige verbliebene Europapartei. Wenn wir nicht wollen, dass Europa auseinanderfällt, müssen wir zwei Dinge tun:

1. Wir müssen uns Populisten und Nati-

Fortsetzung auf Seite 3

02.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
03.07.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
07.07.	09:30	Workshop Stadtratsfraktion	Turnerbund	S. 3
09.07.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
10.07.	19:30	Distriktsversammlung Frauenaurach	Gemeindezentrum	S. 17
11.07.	19:00	AsF-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
12.07.	20:00	Distriktsversammlung West	Drei Linden zum Krapp	S. 19
16.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
17.07.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
18.07.	18:00	Diskussion #SPDerneuern	August-Bebel-Haus	S. 3
18.07.	19:00	Distriktsversammlung Eltersdorf	Schützenhaus	S. 17
19.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
23.07.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
24.07.	19:30	Distriktsversammlung Ost	Pizzeria Romana	S. 19
24.07.	20:00	Distriktsversammlung Innenstadt	Kulisse	S. 18

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	11:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag	geschlossen
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	14:00 bis 17:00 Uhr
Freitag	13:00 bis 16:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführer: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Munib Ahga (ma), Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Dieter Rosner, Mark Schuster, Ulrich Wagner, Kerstin Westphal

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

onalisten entgegenstellen. Wir müssen klarmachen, dass die europäische Einigung – anders als geglaubt – kein unumkehrbarer Prozess ist. Die europäische Einigung bedarf der Pflege und des Schutzes, sonst droht uns eine Rückkehr in die Nationalstaaterei, in ein Gegeneinander, in die Spaltung. Die USA mit Donald Trump verabschieden sich aus der Wertegemeinschaft, aus dem UN-Menschenrechtsrat, aus dem Pariser Klimaabkommen, zetteln Handelskriege an und ziehen sich politisch auf den amerikanischen Kontinent zurück. „Europe United“, das hat Heiko Maas völlig richtig gesagt, muss unsere Antwort auf die Rattenfänger diesseits und jenseits des Atlantiks lauten! Emmanuel Macron hat uns gezeigt, wie man sich mit einer pro-europäischen Agenda erfolgreich gegen die Rechte positionieren kann.

2. Wir müssen den Menschen deutlich machen, für welches Europa wir streiten: Wir SozialdemokratInnen wollen ein solidarisches Europa, das für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort kämpft. Die aktualisierte europäische Entsenderichtlinie ist ein guter Anfang für eine starke soziale Säule in der Europapolitik. Wir wollen ein starkes Europa, das Steuerflucht und Steuerdumping wirksam bekämpft und Internet-Riesen endlich zur Kasse bittet – weil es gerecht ist! Eine harte Auseinandersetzung mit den Digitalkonzernen

ist wichtig, auch im Sinne eines starken Daten- und Verbraucherschutzes und letztlich für die Souveränität der Demokratie.

Wir wollen ein soziales Europa, das jungen Menschen Perspektiven bietet, mit der europäischen Jugendgarantie. Und ein Europa, das sich auf große Themen beschränkt und nicht den Alltag der Menschen regulieren will.

Das alles geht nur gemeinsam. Es geht nur mit Zusammenhalt, wie es Natascha Kohnen richtig formuliert hat. Wir müssen kämpfen für unsere Idee von Europa. Und zwar auf allen Ebenen – in Brüssel genauso wie in Franken.

#SPDerneuern: Aus Fehlern lernen!

Einladung zur Diskussion der Studie des Parteivorstandes zur Evaluierung des Bundestagswahlkampfs 2017
Mittwoch, 18. Juli, 18 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer

Die Studie des Parteivorstandes zur Evaluierung des Bundestagswahlkampfs 2017 ist eine ehrliche, schonungslose Analyse der Durchführung und der Ergebnisse der Bundestagswahl 2017. Sie beschäftigt sich mit dem Wahlkampf, aber auch mit strukturellen Defiziten, die sich in unserer Partei über Jahre aufgebaut haben und die eine Ursache für die Wahlniederlage 2017 (und nicht nur für diese) waren. Die Autor*innen benennen Fehler, sie benennen ungenutzte Potenziale und sie unterbreiten konkrete Vorschläge, was wir in Zukunft verbessern können.

In der Studie stecken viele Anregungen und Hinweise, wie wir unsere Parteiarbeit besser machen und verlorenes Vertrauen wiedergewinnen können – auch auf der kommunalen Ebene.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an diesen Fragen mitzudiskutieren. Die Studie kann über die Seite www.spd.de bezogen werden.

Um besser planen zu können, bitte ich um persönliche Anmeldung per Mail an dieter.rosner@spd-erlangen.de.

Workshop mit der SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD-Stadtratsfraktion lädt alle Parteimitglieder ein zu einem gemeinsamen Workshop zu kommunalpolitischen Themen bis 2020 und darüber hinaus. Inhaltliche Schwerpunkte bilden die Bereiche Soziales, Bildung, Kultur, Jugend, Gleichstellung und entweder Integration oder Umwelt und Energie. Nach kurzen Berichten der Fraktionssprecher*innen zu bisher Erreichtem wollen wir mit Euch über anstehende Projekte und neue Ideen diskutieren.

Wir freuen uns auf Eure Fragen und Vorschläge am **Samstag, 7. Juli von 9:30 Uhr bis 17 Uhr in der Gaststätte des Turnerbunds, Spardorfer Straße 79**.

Bitte meldet Euch bis 30. Juni an (Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de oder Tel. 86 22 25).

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 19. Juli 2018, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Stadt der Zukunft: Diskussion zu den Ergebnissen der Workshops zur Stadtentwicklung
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Mit Leidenschaft und Kompetenz für soziale Gerechtigkeit

Gisela Niclas wird 70! Herzlichen Glückwunsch!

Von Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Wenn es einen gemeinsamen Nenner gibt, mit dem Gisela Niclas politisches und berufliches Wirken zu umschreiben wäre, dann ist das, um mit einem biblischen Terminus zu sprechen, ihr Engagement für die Mühseligen und Beladenen. Es sind die Menschen mit besonderen Benachteiligungen und Herausforderungen, die ihr am Herzen liegen. Sie lässt sich nicht von Amt und Würden beeindrucken, sondern schaut immer auf den Menschen dahinter, ob der glaubwürdig, echt und ehrlich ist. Deshalb verwundert es nicht, dass sie das Motto des ASB „Helfen ist unsere Aufgabe“ zu ihrer ganz persönlichen Aufgabe gemacht hat.

Diese Grundeinstellung ist sicherlich stark biographisch geprägt. Am 21. Juli 1948 erblickte Gisela in Okarben, Kreis Friedberg (Hessen), das Licht der Welt. Waren die sozialen Bedingungen und die Lebensumstände der Familie ganz sicher nicht von Wohlstand und Reichtum geprägt, so ist sie in ein Land hineingewachsen, das immer mehr zum „Wirtschaftwunderland“ wurde .In diesem Zusammenhang gelang es auch immer mehr Kindern aus so genannten kleinen Verhältnissen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen, bessere berufliche Startchancen zu entwickeln – ein Thema, das uns bis zum heutigen

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

05.07. Gundi Seitz
72 Jahre

05.07. Hedwig Kienzerle
85 Jahre

05.07. Wilhelm Schmidt
83 Jahre

09.07. Heiko Merz
50 Jahre

09.07. Wilhelm Gehr
88 Jahre

10.07. Silke Zieten
86 Jahre

11.07. Ingo Weishaupt
50 Jahre

13.07. Silke Banasch-Schmidt
71 Jahre

14.07. Renate Haas
74 Jahre

15.07. Eva Haas
75 Jahre

18.07. Edgar Hartmann
78 Jahre

21.07. Gisela Niclas
70 Jahre

23.07. Johanna Behringer
50 Jahre

25.07. Uta von Stengel
76 Jahre

28.07. Eberhard Irlinger
73 Jahre

28.07. Günther Popp
77 Jahre

31.07. Gerhard Moog
91 Jahre

31.07. Siegfried Beer
65 Jahre

04.08. Andreas Hahn
92 Jahre

04.08. Christel Lerch
65 Jahre

04.08. Doris Kügel
60 Jahre

04.08. Wolfgang Zitzmann
72 Jahre

05.08. Hans Buerhop
79 Jahre

07.08. Bärbel Richter
72 Jahre

07.08. Marga Mittag
87 Jahre

09.08. Helmut Aichele
79 Jahre

09.08. Roland Heumüller
73 Jahre

13.08. Günter Rupprecht
77 Jahre

13.08. Klaus Birkner
60 Jahre

14.08. Graeme Cunningham
65 Jahre

22.08. Andreas Tröster
50 Jahre

22.08. Ruth Wissmann
74 Jahre

23.08. Gabriele Döring
73 Jahre

29.08. Renate Winter-Rehm
70 Jahre

30.08. Zafer Titiz
72 Jahre

31.08. Gholam Reza Hajatpour Gashti
60 Jahre

Tag beschäftigt. Gisela ist dieser Aufstieg gelungen.

1967 hat sie die Abiturprüfung bestanden. Sie absolviert ein Studium an der Fachhochschule Frankfurt, wo sie in den Jahren 1967 bis 1970 zur Sozialarbeiterin ausgebildet wird. Als 68erin und emanzipierte Kämpferin für soziale Gerechtigkeit führt ihr Weg konsequent zur Gewerkschaft – ÖTV-Eintritt 1968 – und zur SPD Willy Brandts 1971. „Mehr Demokratie wagen“. Das war für sie auch stets „mehr soziale Demokratie, mehr wirtschaftliche Demokratie wagen“, Gedanken, die sie bis heute nicht mehr loslassen.

Die weiteren Stationen in Kürze:

- 1972 hat sie als erste weibliche Gewerkschaftssekretärin auf örtlicher Ebene im Bundesgebiet Aufgaben in der IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart übernommen.
- 1977 wechselt sie zurück nach Frankfurt und wird Gewerkschaftssekretärin beim IG-Metall-Vorstand.
- 1987 kam dann der beruflich bedingte Wechsel nach Erlangen. Wolfgang Niclas übernahm die Führung des DGB in unserer Stadt und die Kleinfamilie siedelt sich in Erlangen an.
- 1990 wird sie in den Erlanger Stadtrat gewählt und tritt als „Neue“ auf Anhieb die Nachfolge von Ursula Rechtenbacher an.

Sehr schnell macht sie sich als Bürgermeisterin und Leiterin des Referats Sozialwesen, als Ausschussvorsitzende und Vertreterin der Stadt in überörtlichen Gremien einen guten Namen, setzt deutliche und souveräne Akzente: Als Initiatorin des Erlanger Jugendparlaments, als engagierte, faire und verlässliche Partnerin der sozialen Einrichtungen, Verbände, Gruppen und Vereine. Der damalige Armutsbericht trägt ihre Handschrift. Dabei stets mit den betroffenen Menschen zu arbeiten, mit ihnen nach Lösungen zu suchen anstatt über sie zu bestimmen, das ist ein stark von ihrem sozialen Menschenbild geprägtes Prinzip.

Bei der Kommunalwahl 1996 – Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg kandidierte nicht erneut – trat Gisela Niclas für dieses Amt an. Sie erzielte mit 41,6 Prozent ein gutes Ergebnis. Aber der CSU-Kandidat Dr. Balleis machte das Rennen. Sicher hat die politische Großwetterlage eine Rolle gespielt. Am Wahltag lag die SPD bundesweit in einem Umfragetief. Die amtierenden Oberbürgermeister in Nürnberg und Fürth verloren ihre Ämter an die CSU-Kandidaten.

Gisela Niclas hat dennoch nicht die Flinte ins Korn geschmissen, sondern sicht seit 1996 vehement für die sozialdemokratische Politik vor Ort ins Zeug gelegt und als Fraktionsvorsitzende Kärrnerarbeit geleistet.

Unter ihrer Führung konnte die SPD-Fraktion trotz einer Mehrheit aus CSU und FDP und eines CSU-Oberbürgermeisters eine Reihe von wichtigen Entscheidungen beeinflussen und falsche Weichenstellungen für die Entwicklung der Stadt verhindern. So gelang es Gisela Niclas und der Fraktion Ende 1996 mit einem klugen taktischen Schachzug und durch eine gewisse Hartnäckigkeit, doch ein Umdenken der Stadtspitze zu erreichen und das Vorkaufsrecht für das US-Gelände zu sichern. Eine in ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt überaus wichtige Entscheidung.

Auch 2002, 2008 und 2014 zog Gisela Niclas wieder in den Stadtrat ein. Für ihre erfolgreiche kommunalpolitische langjährige Arbeit wurde Gisela Niclas 2012 die Medaille des Freistaates Bayern für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung verliehen.

Eine neue Herausforderung für die engagierte Sozialpolitikerin war die Kandidatur für den Bezirkstag 2008. Mit einem sehr guten persönlichen Ergebnis konnte sie vom Listenplatz 8 auf Platz 4 vorrücken. Damit ist Erlangen bis heute im Bezirkstag wieder „sozialdemokratisch präsent“. Gisela Niclas wird auf Anhieb zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt, ab 2011 ist sie auch Geschäftsführerin der Bezirkstagsfraktion. Im Bezirkstag kann sie sich nun ganz auf ihren Schwerpunkt Sozialpolitik konzentrieren. Ihr liegt besonders die Integration (heute Inklusion) von Menschen mit Behinderungen und die menschenwürdige Betreuung und Pflege alter Menschen am Herzen.

Nach 5 Jahren erfolgreicher Arbeit als Bezirksrätin zieht Gisela 2013 erneut in den Bezirkstag ein. Die Fraktion wählt sie zu ihrer Vorsitzenden. Dieses Amt führt sie mit großer Kompetenz und herausragendem Engagement bis heute und tritt bei den Wahlen am 15. Oktober wieder als Kandidatin für den Bezirkstag im Stimmkreis Erlangen an.

Gisela übernimmt aber nicht nur in politischen Mandaten Verantwortung, sondern auch bei Verbänden und Vereinen. Den ASB hat sie in einer tiefen Krise als Vorsitzende übernommen und wieder zu einem erfolgreichen Sozialverband entwickelt. Auch die Erlanger Naturfreunde führt sie seit Jahren erfolgreich.

Sie hat sich den Ruf als glaubwürdige, kompetente und engagierte Sozialpolitikerin, aber auch als kommunalpolitische Generalistin erworben.

Sie kennt die Sorgen und Nöte der einfachen Leute, deshalb kann sie sich auch einfühlen in die Situation der Arbeitslosen, der Leute mit niedrigem Einkommen, der Alleinerziehenden, der Pflegebedürftigen, der Menschen in psychichen Nöten und der Ausgegrenzten.

Das Ansehen, das sie sich über die Parteigrenzen hinweg erworben hat, bildet auch die Basis für aktuellen Aufgaben. Als Bezirksrätin engagiert sie sich mit großem Einsatz für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, für eine bessere Pflege und die Belange der Kranken in den Bezirkskrankenhäusern.

Die innere Überzeugung und das offene, ehrliche Bemühen, nach guten, die Menschen und ihre Interessen achtenden Lösungen zu suchen, das zeichnet Gisela Niclas und ihre Arbeit aus.

Wir wünschen deshalb zum Geburtstag alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Geduld mit uns, Muße für Dich und Deine Familie und den Mut, mit uns gemeinsam weiter an den Zielen zu arbeiten, die uns zusammengeführt haben.

Wir wünschen Dir viel Power und viel Durchhaltevermögen: Dein Engagement für eine gerechtere Welt wird noch lange gebraucht.

Freundschaft!

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
September 2018
24. August 2018

„Fatal wäre, wenn dieses Gesetz in die falschen Hände geraten würde“

Veranstaltung zum Polizeiaufgabengesetz

(pd) Auf Einladung von Landtagskandidat Dr. Philipp Dees und der Erlangen-Höchstädter Landtagsabgeordneten Alexandra Hiersemann sprach Franz Schindler, Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses, zum Polizeiaufgabengesetz und der Sicherheitspolitik im Freistaat Bayern. An der anschließenden Diskussion nahm spontan auch Horst Arnold, Spitzenkandidat der SPD in Mittelfranken teil.

Schindlers Fazit zum Polizeiaufgabengesetz lautete: „Es wäre fatal, wenn dieses Gesetz in die falschen Hände geraten würde.“ Die massive Ausweitung der Polizeibefugnisse weit in das Vorfeld einer möglichen Straftat mit einem vagen und schwammigen Begriff der „drohenden Gefahr“ böte vielfältige Interpretationsmöglichkeiten, wann denn nun die Polizei handeln und zum Beispiel Computer und Telekommunikation überwachen, Aufenthaltsgebote erlassen oder auch Menschen in Gewahrsam nehmen dürfe. Diese Möglichkeiten seinen missbrauchsanfällig – eine Regierung zum Beispiel mit rechtspopulistischer Beteiligung könne diese Befugnisse nutzen, um Handlungsmöglichkeiten politischer Gegnerinnen und Gegner einzuschränken.

Zwar gebe es dazu Kontrollmechanismen: Schindler wies ausdrücklich darauf hin, dass anders als oft behauptet zum Beispiel für eine längere In-Gewahrsam-Nahme ein richterlicher Beschluss notwendig sei und es natürlich zulässig sei, einen Rechtsanwalt einzuschalten (es allerdings keinen Anspruch auf eine Pflichtverteidigung gebe). Der vage Begriff der „drohenden Gefahr“ sei aber auch für Richterinnen und Richter schwer zu interpretieren, im Zweifel müssten sie sich auf die Gefahreneinschätzung der Polizei verlassen. Diese Schwierigkeiten unterstrich in der anschließenden Diskussion auch Horst Arnold, der vor seiner Wahl in den Landtag selbst als Staatsanwalt und Ermittlungsrichter tätig war.

Schindler stellte auch dar, dass die „Sicherheitsarchitektur“ der Bundesrepublik grundsätzlich trenne: Die Polizei sei zuständig für die Aufklärung von Straftaten – als ausführende Behörde der Staatsanwaltschaft – und für das Verhindern konkret bevorstehender Straftaten. Die Abwehr vagerer Bedrohungen, aus denen irgendwann Straftaten werden könnten (also die Gefahrenabwehr), obliege dem Verfassungsschutz. Diese Trennung werde zunehmend aufgeweicht. Sie sei aber sinnvoll, weil verdeckte Operationen, wie sie oft in der Gefahrenabwehr eingesetzt würden, und offene Operationen, wie sie eigentlich die Polizei in der unmittelbaren Verhinderung von Straftaten durchführe, ganz andere Herangehensweisen und Arbeitsstrukturen benötigten.

Diskutierten zum Polizeiaufgabengesetz: Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann und Dr. Philipp Dees (von links)

Es brauche, so Schindler weiter, eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Selbstverständlich sei Sicherheit zu gewährleisten – und Bayern sei ja auch ein sehr sicherer Staat –, aber Bürgerinnen und Bürger müssten auch wissen, dass ihr ganz alltägliches Handeln nicht überwacht werde. Das Polizeiaufgabengesetz aber verschiebe diese Balance: Es sei geprägt davon, dass der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern misstraue und sie grundsätzlich für potenzielle Straftäterinnen und Straftäter halte, die man daran hindern müsse, kriminell zu werden.

Viel mehr als die Ausweitung der Polizeibefugnisse sei es für ein höheres Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger notwendig, dass die Polizei mehr präsent sei und auch bei kleineren „Alltagsdelikten“ und -Problemen kurzfristig einschreiten könne. Das unterstrichen sowohl Schindler als auch Alexandra Hiersemann und Philipp Dees.

„Speeddating“ mit der SPD

(pd) Die Neumitglieder der vergangenen Monate lud der SPD-Kreisverband im Juni zum „Speeddating“ mit der SPD ein: In kurzen Gesprächen konnten diese den Oberbürgermeister, Stadträtinnen und Stadträte und Funktionsträgerinnen und -träger der SPD kennenlernen.

Zwar war die Teilnahme noch ausbaufähig – was vielleicht auch dem schwülwarmen und gewittrigem Wetter geschuldet war –, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat die Veranstaltung aber viel Spaß gemacht.

Geburtstagsempfang mit wichtigem Thema

Vortrag zu Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

(ma) Mehr als Laudatio, Musik und Blumen wünschte sich Birgit Hartwig zu ihrem Geburtstagsempfang. Und so sprach auf ihren Wunsch hin Florian Endres vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über islamistischen Radikalismus bei Jugendlichen. Dessen sachlich-fundierter Vortrag war eine sehr angenehme Abwechslung zu der sonst sehr hysterisch geführten Debatte zu Migration und Islam.

Zu Beginn seines Vortrags schildert Endres, der beim BAMF für den bundesweiten Auf- und Ausbau von Strukturen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit gegen islamistische Radikalisierung zuständig ist, unter welchen Umständen junge Menschen besonders anfällig für verfassungsfeindliche Ideologien wie den Salafismus sind. In der Regel handelt es sich um junge Menschen, die Herausforderungen im Alltag nicht bewältigen können. Oft einher geht dies mit Problemen im Elternhaus und spirituellen Selbstfindungskrisen. Schaffen sie es nicht, diese Konflikte zu überwinden, öffnet sich ein Fenster für Radikalisierung, das Salafist*innen zu nutzen versuchen. Dabei haben 50 Prozent der Betroffenen keinen Migrationshintergrund. Seit neuestem ist auch zu beobachten, wie Salafist*innen verstärkt versuchen, Mädchen und Frauen zu werben.

Die Heilsversprechen, ein grundlegendes Element innerhalb der Ideologie des Salafismus, fallen hier aufgrund des Anbietens einfach gestrickter Lösungsmuster auf fruchtbaren Boden. Die betroffenen Jugendlichen verfügen über keine kritischen Reflektionsmuster. Häufig wissen sie sehr wenig über Religion und das Funktionieren von gesellschaftlichen Zusammenhalt. Salafistische Propaganda wird deswegen von den sich radikalisierenden Jugendlichen nicht hinterfragt. Die inszenierte Gemeinschaft in den verfassungsfeindlichen Moscheen gibt den radikalisierten Jugendlichen das Gefühl, mit ihren Problemen nicht allein gelassen zu werden. Ursache für die Anfälligkeit ist unter anderem auch die mangelhafte politische Bildungsarbeit sowie der fehlende staatlich geprüfte Religionsunterricht in den Schulen. Selbst viele

Oberbürgermeister Florian Janik gratulierte Birigt Hartwig, Florian Endres (rechts) sprach zur Präventionsarbeit

Jugendliche aus muslimischen Familien wissen kaum was über Religion.

Vor allem das familiäre und schulische Umfeld können Radikalisierungstendenzen des Jugendlichen am besten detektieren. Das BAMF sieht deswegen seine Aufgabe darin, Familien, Regelstrukturen vor Ort, also Schulen, Jugendämter und freie Träger, sowie Arbeitgeber dahingehend zu sensibilisieren, Radikalisierungsprozesse so früh wie möglich zu erkennen. Um den Jugendlichen herum muss ein Unterstützerumfeld gebildet werden, das

Distanzierung von inhumaner Asylpolitik

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 21. Juni

Der SPD-Kreisverband Erlangen fordert den Parteivorstand und den Fraktionsvorstand auf, sich in aller Deutlichkeit von den inhumanen Plänen des Innenministers in Bezug auf die Asylpolitik (Abweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern) zu distanzieren. Es muss klar darauf hingewiesen werden, dass nach wie vor der Koalitionsvertrag gilt. Die Richtung, die der Innenminister einschlagen will steht dem entgegen und darf keine Zustimmung finden – auch nicht in Form von „Kompromissen“, wie z.B. in den Vorschlägen, das beschleunigte Verfahren auszuweiten.

Die Vertreter*innen der Parteispitze und der Bundestagsfraktion werden dazu angehalten, sowohl in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit als auch mit den Koalitionspartnern deutlich zu machen, dass wir uns rechter Hetze nicht beugen und eine humane Flüchtlingspolitik anstreben.

Das Vorgehen der Kanzlerin, in Bezug auf die Einwanderungs- und Asylpolitik jetzt insbesondere auf die Vertreter rechtspopulistischer und rechtsextremer Regierungen zuzugehen, um Verhandlungen anzustreben, muss auf das Schärfste verurteilt werden.

Im Zweifel muss die Zusammenarbeit in einer Koalition mit der CDU und insbesondere CSU beendet werden.

Begründung:

1. Humanismus
2. Rechten Parolen muss endlich klar entgegengetreten werden, wir dürfen uns nicht mehr vor diesen hertreiben lassen. Die Demokratie muss gegen rechts verteidigt werden.
3. Auch die Zukunft der SPD steht auf dem Spiel. Wenn wir nur noch als Mehrheitsbeschaffer für andere Parteien wahrgenommen werden und nicht mehr unsere Positionen klar und deutlich vertreten (mit allen Konsequenzen) werden wir in der Bedeutungslosigkeit versinken, der Schaden für die (Sozial-)Demokratie wäre immens

ehemalige Umfeld des radikalisierten Jugendlichen muss wieder in Stellung gebracht werden. Primär ist das die Familie. Bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten der*die Betreuer*in oder der Mündel.

Seit 2012 bietet das BAMF eine Beratungshotline an, die die erste Anlaufstelle für Familien und Regelstrukturen sein soll. 4.200 Anrufe hat es schon gegeben. Bei nicht wenigen Anrufen lag bei den Jugendlichen keine Radikalisierungstendenz vor. Aufgrund mangelnder interkultureller Kompetenzen wird in einigen Fällen sogar regelmäßiges Beten als Radikalisierung empfunden. Die Beratungshotline weist hier auf Verhaltensmuster hin, die Indizien für eine Radikalisierung sein könnten. Geht der Jugendliche in eine verfassungsfeindliche Moschee? In welchen WhatsApp-Gruppen ist er Mitglied? Schaut er sich salafistische Predigervideos auf Youtube an?

Erhärtet sich der Verdacht, dass eine Radikalisierung vorliegen könnte, stellt das BAMF Kontakt zu Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerken vor Ort her. Bei diesen Netzwerken handelt es sich um Vereine, die vom Bundesinnenministerium oder von den jeweiligen Landesstrukturen finanziert werden. In einigen Städten, wie in Nürnberg, werden Präventionsnetzwerke auch kommunal finanziert. Beim Aufbau dieser Strukturen wird stark auf den Wissenstransfer aus dem Rechtsradikalismus gesetzt, wie zum Beispiel vom Aussteigerprogramm EXIT Deutschland.

Nachdem Endres während seines Vortrags schon auf die mangelhafte politische Bildung und den fehlenden muslimischen Religionsunterricht an vielen Schulen hingewiesen hat, nennt er weitere Handlungsfelder, in denen die Politik noch nachbessern muss. Zur Eindämmung der Radikalisierung sind die Regelstrukturen vor Ort essenziell. Diese müssen stärker mit den fachlichen Beratungsstellen vernetzt werden. Die Anzahl der Sozialarbeiter*innen in den Einrichtungen muss deutlich erhöht werden. In vielen Einrichtungen ist der Betreuungsschlüssel sehr groß, was eine adäquate Präventionsarbeit erschwert.

Laudatio und Blumen gab es natürlich auch: Barbara Pfister und Florian Janik würdigten die Arbeit der Jubilarin im Erlanger Stadtrat und darüber hinaus als Sprecherin für Jugend, Familie und Freizeit.

Gute Arbeit an der Hochschule

Diskussionsveranstaltung von SPD und Juso-Hochschulgruppe

(pd) Was kann der Freistaat für den „Mittelbau“ an den Hochschulen – also die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die keine Professur innehaben – tun? Das stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Veranstaltung von SPD und Juso-Hochschulgruppe, an der neben Landtagskandidat Dr. Philipp Dees Sandra Fluhrer und Dorothea Pachale teilnahmen, die beide im Fachbereich Hochschule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aktiv sind.

Pachale und Fluhrer stellten dabei die Situation und die Lösungsvorschläge der GEW dar. Im Mittelpunkt standen dabei die oft prekären Beschäftigungsverhältnisse im „Mittelbau“: Fast alle Verträge seien befristet, spätestens mit Erreichen der Höchstbefristungsdauer (maximal sechs Jahre ohne Promotion, maximal 12 Jahre mit) müsse man entweder eine Professur erhalten haben – oder man werde gezwungen, das Hochschulsystem zu verlassen.

Nach Ansicht von Pachale und Fluhrer ist das nicht nur ein Problem für die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern es mindere auch die Qualität von Forschung und vor allem Lehre. Denn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssten sich darauf konzentrieren, ihren Weg zu einer Professur voranzutreiben, für den vor allem „Forschungsoutput“ in Form von möglichst vielen Veröffentlichungen zählt. Hinzu käme das Schreiben von Anträgen auf Forschungsförderung, da immer mehr Stellen an den Hochschulen Projektstellen aus der Forschungsförderung seien, die regelmäßig neu beantragt werden müssten.

Verstärkt werde die Situation auch noch durch die starke Hierarchisierung in den Hochschulen, an denen Stellen einer Professur zugeordnet seien, deren Inhaberin oder Inhaber alleine darüber entscheide, ob Verträge verlängert würden oder nicht. Daraus entstehe eine hohe Abhängigkeit.

Die GEW schlägt als Alternative ein System vor, in dem nach der Promotion Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Regel dauerhaft beschäftigt werden sollen: Entweder auf sogenannten „Tenure Track“-Stellen, auf denen sie sich wissenschaftlich weiter qualifizieren und bei erfolgreicher Qualifikation eine Professur erhalten, oder auf Stellen, die vorrangig der Lehre und/oder Wisssenschaftsadministration (z.B. dem Betreuen von Forschungsprojekten) dienten.

Notwendig dafür sei eine Änderung der Hochschulpolitik im Freistaat, worauf auch Philipp Dees hinwies: Man müsse wegkommen davon, immer mehr befristete Stellen zu schaffen – wie zuletzt aus der Ausbauplanung und den Studienzuschüssen –, auch die Hochschulen dazu verpflichten, vorrangig Dauerstellen zu schaffen und die Daueraufgaben an den Hochschulen auch dauerhaft finanzieren. Daneben sollten, wie auch von der GEW vorgeschlagen, die wissenschaftlichen Stellen nicht mehr einzelnen Professuren, sondern Departments oder Instituten zugeordnet werden, um die starke Abhängigkeit von nur einer Person zu beseitigen.

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Comicsalon soll auch künftig in der Innenstadt präsent sein

Es war ein aus der Not geborener Überraschungserfolg: Der wegen der Sanierung der Ladeshalle in Zelten in der Innenstadt stattfindende Comicsalon lockte so viele Besucherinnen und Besucher an wie noch nie. Und von vielen, die in den vier Tagen des Salons in der Stadt unterwegs waren wurde das Festival mitten in der Stadt hoch gelobt und der Wunsch nach einer Wiederholung in dieser Form geäußert. Und nicht zuletzt profitierte in diesen vier Tagen die Erlanger Innenstadt durch die Besucherströme zwischen den Veranstaltungsorten erheblich – eine willkommene zusätzliche „Werbemaßnahme“, die, anders als eintägige Events, das Lebensgefühl in der Innenstadt stärkt.

Vor diesem Hintergrund überlegt die SPD-Fraktion nun, ob der Comicsalon dauerhaft in dieser Form stattfinden soll oder zumindest einige Teile des Festivals auch künftig im öffentlichen Raum in der Innenstadt stattfinden könnten. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings auch, dass der Comicsalon 2018 in dieser Form sowohl finanziell als auch beim Personal erheblichen Mehraufwand bedeutet hat. Daher hat die SPD-Fraktion zunächst einen Bericht im Kultur- und Freizeitausschuss über die Mehrkosten und die Mehrarbeit beantragt, um damit eine Diskussionsgrundlage für die weitere Entwicklung des Comicsalons zu haben.

Erlangen besiegelt neunte Städtepartnerschaft

Mitte Juni unterzeichnete Oberbürgermeister Florian Janik in Bozen gemeinsam mit seinem italienischen Kollegen Renzo Caramaschi den „Partnerschaftseid“ mit der Landeshauptstadt Südtirols. Im Beisein einer elfköpfigen Erlanger Delegation aus Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, Kirche und Bildung hoben Janik und sein Amtskollege Caramaschi damit die neunte Städtepartnerschaft der Hugenottenstadt aus der Taufe. Die Initiative zur neuen Partnerschaft ging von der Stadt Bozen aus. Die Kontakte haben sich während der 2017 erfolgten Seligsprechung von Josef Mayr-Nusser intensiviert. Mayr-Nusser starb 1945 auf dem Transport ins KZ Dachau in Erlangen an Auszehrung. Bereits seit Jahren bestehen wegen Josef Mayr-Nusser kirchliche Kontakte zwischen Erlangen und Bozen.

Der „Partnerschaftseid“ nennt als Ziel der neuen Verbindung, „allen Menschen die Möglichkeit der Teilnahme an dem Austausch zwischen unseren beiden Städten ohne Diskriminierung gleich welcher Art zu garantieren.“ Der Eid, der in deutscher wie italienischer Sprache verfasst ist, betont die „universellen Werte der Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Gesetzlichkeit“ und beschwört das Bemühen, „soweit dies in unserer Macht steht, zum Erfolg der für Frieden und Wohlstand notwendigen Europäischen Einheit beizutragen.“ In seiner Rede beim Festakt anlässlich der Besiegelung der Partnerschaft hob Janik hervor, wie wichtig sie angesichts zunehmender regionaler und internationaler Konfrontationen sei. Es komme darauf an, „die bürgerschaftlichen Verbindungen, die das Fundament für das Zusammenwachsen unseres Kontinents bilden und immer die friedliche Zukunft in Freiheit im Blick zu behalten.“ Die gemeinsame Geschichte des Totalitarismus und dessen Überwindung stellten eine Verpflichtung für Gegenwart und Zukunft dar.

Verkehrskonzept für die Innenstadt

Im Juni hat die Stadtverwaltung die Ergebnisse der Verkehrsentwicklungsplanung zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs in der Innenstadt in den Stadtrat eingebracht. Nach einer Bürgerinformation Ende Juni wird der Stadtrat voraussichtlich im Juli entscheiden, ob das Konzept umgesetzt wird.

Neben dem Quell- und Zielverkehr gibt es in der Innenstadt auch einen starken Durchgangsverkehr, der die Bewohnerinnen und Bewohner zentraler Straßenzüge mit Lärm und Schadstoffen belastet. Besonders betroffen sind die Bereiche Neue Straße/Katholischer Kirchenplatz/Maximiliansplatz/westliche Hindenburgstraße und Henkestraße. Wie eine jetzt veröffentlichte Berechnung des Instituts Ingenieurbüro Lohmeyer/Karlsruhe (IB Lohmeyer) nochmals belegt hat, kommt es bei der Belastung mit Stickstoffoxiden teils zu deutlichen Überschreitungen des zulässigen Jahresmittelwerts von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Um Fahrverbote zu vermeiden, wie sie gerade in anderen deutschen Großstädten umgesetzt werden, besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Um eine nachhaltige Entlastung der Innenstadt vom motorisierten Durchgangsverkehr zu erreichen, wurden vom Referat für Planen und Bauen im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans eine Vielzahl von Planfällen errechnet. Sie verfolgen das Ziel, den Verkehr auf der Werner-von-Siemens-Straße zu bündeln und eine Verlagerung auf die Achse Essenbacher Straße/Spardorfer Straße weitgehend zu vermeiden. Ein nachhaltiger Effekt lässt sich dabei auch ohne Sperrungen durch die Kombination einer Einbahnstraßenregelung in der Neuen Straße mit Geschwindigkeitsbegrenzungen auf weiteren Straßenzügen erreichen. Wie die Berechnung von IB Lohmeyer verdeutlicht, würde die Belastung mit Stickstoffoxiden in der Neuen Straße, der Hindenburg- und der Henkestraße sinken. Die Essenbacher Straße würde vom Verkehr geringfügig mehrbelastet, im Bereich Palmsanlage bis Bayreuther Straße würde es hingegen nur zu einem geringfügigen Anstieg kommen.

Informationen im Internet unter www.vep-erlangen.de/start/.

Bürgermeister fordern politische Vision für Integration

Anlässlich des Internationalen Flüchtlingstags am 20. Juni forderten Oberbürgermeister Florian Janik und die beiden Bürgermeisterinnen Susanne Lender-Cassens und Elisabeth Preuß eine politische Vision, die Integration

ernst nimmt. Um dieses Anliegen zu untermauern, haben sie eine gemeinsame Erklärung von Bürgermeistern aus 29 Städten unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehören Städte wie Bilbao, Lissabon, Mexiko City, Straßburg, Turin und Zaragoza. Sie alle haben sich dem Netzwerk Interkulturelle Städte angeschlossen, das vom Europarat unterstützt wird. Erlangen gibt die Erklärung als Teil des Netzwerks „Interkulturelle Städte“ ab, das vom Europarat unterstützt wird. In dem Netzwerk tauschen sich die Städte über innovative und erfolgreiche Ansätze zur Integration von Migrantinnen und Migranten aus.

In der gemeinsamen Erklärung wird dazu aufgerufen, in der Debatte über die Flüchtlingspolitik die Stimme der Städte stärker zu hören. Nur so könne konstruktiv eine Politik gestaltet werden, die „Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Einklang bringt.“ Gerade auf der kommunalen Ebene könne man es sich nicht leisten, kurzfristige politische Kämpfe zu führen und die langfristige Perspektive zu vernachlässigen. „Wir müssen den Weg ebnen, damit Flüchtlinge von heute die Bürger von morgen werden“, heißt es in der Erklärung weiter. Die Migrantinnen und Migranten von Bildungs- oder Arbeitsmöglichkeiten abzuhalten, bedeute Leben und Talente zu verschwenden. Man müsse es schaffen, davon zu überzeugen, „dass Migranten keine Bedrohung, sondern eine Chance sind, integrativere, offenere, kreativere und dynamischere Städte für alle aufzubauen.“ Erfolgreiche Integration könne nicht auf Ablehnung und Angst basieren.

Oberbürgermeister Florian Janik sagte anlässlich der Unterzeichnung: „Tatsächlich wurde erst mit der gesellschaftlichen Diskussion über die Integration der Flüchtlinge der Blick wieder auf eine Vielzahl sozialer Probleme gelenkt, die zu lange ausgeblendet wurden.“ Man müsse jetzt zeigen, dass von einem Miteinander in Vielfalt alle profitieren können und dass man es ernst meine mit sozialer Gerechtigkeit. In Erlangen würden deshalb beispielsweise die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Integration von Langzeitarbeitslosen vorangetrieben.

Aus dem Bauch gesprochen:

Die normative Kraft des Faktischen, die faktische Kraft des Fake, oder: die neue Wahrheit?

Von Monika Fath-Kelling

Wenn die Losung „lieber arm dran, als Arm ab“ die politische Lösung der sozialen Frage beschreibt, wenn Politiker aller Couleur die Krise buchstäblich verkörpern, wenn sich Privatisierung des Staatsvermögens, der Bildung, der Wissenschaft, der Kultur, der Daseinsvorsorge bestens beschreiben lassen mit „Operation geglückt, Patient tot“: Kann dann noch von Krise gesprochen werden oder ist das längst der Beginn der demokratischen Kernschmelze?

Wir können uns auf allgemeine Menschenrechte nur noch Sonntags verständigen, unter der Woche brauchen wir ein „Heimatministerium“, das qua Amt nicht die „Mädchen bekränzet“ sondern öffentliche Gebäude bekreuzt und uns „auf unsere Werte“ durchorganisiert. (Zur Kreuzigung? Gut. Zur Tür hinaus, zur linken Reihe und jeder nur ein Kreuz bitte...) Blöd bloß, dass „unsere Werte“ nur so lange funktionieren, wie wir Westler den Rest der Welt unter Druck und halbwegs unter Kontrolle halten können. Unsere Schweinereien finden ja praktischerweise eher „woanders“ statt. Woanders haben wir viel Wind gesät und beginnen jetzt Sturm zu ernten. Der Kapitalismus, so wie wir ihn jetzt betreiben, ist ausgereizt und ausgegeizt. Rücksichtsloser Liberalismus für alle ist so unmöglich wie die Erschaffung eines Perpetuum mobile. Zwischen Schulden und Schuld besteht ein Zusammenhang. Gerade auch was den Gläubiger betrifft. Aber er ist halt so herrlich bequem, der Glauben an die eigene Selbstherrlichkeit: Unverwundbar und mit reichlich cheats bis ans Ende des Spiels ... Nur ist ein menschliches Leben eben nie ein Spiel. Die angebliche Wahl zwischen fundamentalistischer Hoffnung, also auf Hilfe durch einen „gerechten“ Gott, der von irgendwoher ins irdische Geschehen eingreift und den „Guten“ beispringt, oder einem durch und durch zynischen „Jack in the box“, der „es“ notfalls völlig ehtikbefreit „für uns regeln“ soll, ist so attraktiv wie die Wahl zwischen Tod durch Feuer oder Tod durch das Schwert. Ein bisschen komisch finde ich aber doch: Alle stellen sich die Weltrettung offenbar irgendwie männlich vor.

Die SPD in der GROKO, als letzter Ritter der traurigen Gestalt, hält Fähnchen mit der Aufschrift Gerechtigkeit, Sicherheit, Freiheit noch ein bisschen in die ökonomischen und politischen Turbulenzen. Turbo-Digitalisierung unter dem Motto „digital first, Bedenken second“ wird als neue Wunderwaffe zur Weltenrettung propagiert. Würde nur eine second nachgedacht, merkte man den inhärenten Schwachsinn dieses Ansinnens. Die neue Rechte blinkt unentwegt links, hebt rhetorisch ab, und überfliegt nicht nur sämtliche Regeln des politischen Anstands, sondern fängt dabei die „freigesetzten“, entmenschten Seelen ein mit ihrem vorgestrigen, gelebten Rassismus.

Unser Arbeitsminister Hubertus Heil meint immerhin: „das ist eigentlich irre“.

Womit er recht hat, genau wie Bernd Ulrich, einer der „Experten“ der ZEIT: „Es gibt einen Extremismus der Normalität“. Hannah Arendt wußte das alles längst und beschrieb schon vor Jahrzehnten die Banalität des Bösen. Radikalität ist nicht gleich Extremismus. Auch und gerade nicht in der Politik.

Beispiele radikaler Politik, die angeblich „nicht geht“: Fahrrad- und fußgängerfreundliche Städte bauen, oder „Angleichung der Löhne von Menschen pflegenden Frauen an die Löhne von Maschinen zusammenbauenden Männern“ um zwei eher harmlose Themen vorzugeben. Extreme Politik geht aber immer wieder, sogar mit stattlicher staatlicher Unterstützung: Konzerne die durch ihre Geschäfte unsere Arten- und Nahrungsvielfalt eliminieren und/oder den Fortbestand der Menschheit gefährden: Mann, da geht doch noch was ...

Wann sagen wir entschieden NEIN zu Ausbeutung und Aufrüstung und lernen unsere Volksvertreter auf ein am Gemeinwohl orientiertes Handeln zu verpflichten?! Seufz.

Wann wach ich endlich auf aus diesem ... Alptraum? Oder soll ich lieber doch noch ’ne Runde die Augen verschlossen halten, in meinem Bett liegt’ s sich grad so warm und bequem? Einer allein kann ja eh nichts ändern, alles viiel zu komplex...

...sagen Millionen. In genau solchen Gemengelagen finden Kriegstreiber ihre Fans. Und plötzlich, eines Tages, ist er „alternativlos“, der ultimative Griff zu den Waffen anstatt zu Argumenten.

Eine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, das wäre für mich echte Erneuerung unserer Partei.

Alle Kinder müssen gleich viel wert sein!

Von Gerhard Carl

Es gibt nach wie vor große Unterschiede in der Behandlung von Kindern. Die Kinderarmut steigt seit Jahren an. Heute ist jedes fünfte Kind arm. Einkommensstärkere Familien werden im aktuellen System bevorzugt.

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach entschieden, dass alle Kinder ein Recht auf ein Existenzminimum haben. Die aktuellen Instrumentarien wie Kindergeld und Kinderfreibetrag sowie die steuerliche Progression sorgen in der Praxis dafür, dass vor allem gut verdienende Familien von Leistungen des Staates profitieren, während Familien, die ein durchschnittliches oder geringeres Einkommen haben, deutlich weniger davon haben. Bei Familien, die Hartz IV bekommen, werden Leistungen auf den Regelsatz angerechnet. Bei Alleinerziehenden werden sie mit dem Kindesunterhalt oder Unterhaltsvorschuss verrechnet. Das ist ungerecht.

Bei eine Kindergrundsicherung könnten alle bestehenden Leistungen zu einer einzigen Leistung zusammengefasst werden, die allen Kinder zusteht. Um das sozial gerecht zu gestalten, sollte die Kindergrundsicherung an das Familieneinkommen gekoppelt sein, d.h. je niedriger das Familieneinkommen, desto höher der Betrag der Kindergrundsicherung. Aktuell ist es umgekehrt. Es ist nicht richtig, wenn Familien, die Anspruch auf Sozialleistungen haben, unter staatliche Aufsicht gestellt werden, indem sie für jede Einzelleistung einen Antrag stellen müssen. Das ist Bevormundung. Kinder müssen aus dem Bezug von Sozialleistungen herausgeholt werden.

Wie soll die Kindergrundsicherung finanziert werden? Ein Teil der Ausgaben für die Kindergrundsicherung würde über das Aufgehen der bisherigen Leistungen refinanziert. Die Abschaffung des Ehegattensplittings würde einen weiteren Teil zur Finanzierung beitragen. Die Abschaffung ist nötig, denn das Splitting begünstigt Ehen, nicht die Kinder. Weitere Möglichkeiten bei der Finanzierung ergäben sich aus den Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer, der Reform der Kapitalertragssteuer (Abschaffung des pauschalen Steuersatzes von 25 Prozent und Besteuerung mit dem individuellen Einkommenssteuersatz).

Unsere Aufgaben in der Außen- und Europapolitik

Von Ulrich Wagner

In der letzten Ausgabe des Monatsspiegels habe ich ausgeführt, welche Aufgaben uns gestellt sind: Eine offene, unvoreingenommene Diskussion darüber zu führen, wie sichergestellt werden kann, dass sich der technische und gesellschaftliche Fortschritt zum Vorteil aller auswirkt und darüber, wie eine tolerante und freiheitliche Gesellschaft erreicht und gesichert werden kann. Dies sind die beiden zentralen Probleme, vor denen wir im Inneren stehen. Statt diese Gedanken sofort weiter zu vertiefen, lassen es die Ereignisse der letzten Wochen aber angezeigt erscheinen, zunächst auf die Aufgaben einzugehen, die uns im Bereich der auswärtigen und europäischen Politik erwarten.

Führt man sich die außen- und europapolitischen Entwicklungen der letzten Jahre vor Augen, so wird man zu der folgenden Feststellung kommen: Unser Ziel, ein menschliches Gemeinwesen zu schaffen, eine Welt, deren Umstände ohne Verzicht auf Selbstachtung akzeptiert werden können, kann nur durch neue Anstrengungen in der Außenpolitik erreicht werden, die über ein kurzfristiges und verzagtes Handeln hinausgehen. Eine solche menschliche Welt kann nur bestehen, wenn alle Staaten untereinander und in internationalen Organisationen das Völkerrecht achten und wirksam zu seinem Schutz zusammenarbeiten. Die Vielzahl an Interessen- und Konfliktlagen spiegelt sich im Völkerrecht in zentralen Fragen häufig wider als Kollision der Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten (und dem daraus folgenden Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten), dem Schutz der universalen Menschenrechte durch die Staatengemeinschaft und dem Gewaltverbot (und seinen, selbstverständlich eng begrenzten, Ausnahmen). Nur die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen kann diese Konflikte im Einzelfall zum Nutzen aller auflösen, kann Frieden, Achtung der Menschenrechte und einen sinnvollen Interessenausgleich

herstellen. Schon 2002 schrieb der Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel: „Alle sind derartig voneinander abhängig geworden, dass sie ihre Ziele nur noch erreichen können, wenn sie mit anderen kooperieren.“ Dies gilt heute umso mehr.

Seit längerem ist nun aber die Rückkehr von Interessenpolitik und einseitigem Handeln zu beobachten. Bereits die Regierung des US-Präsidenten Bush handelte verstärkt einseitig, auch unter Einsatz von Gewalt. Seit dem Amtsantritt Trumps gilt dieses Prinzip unverhohlen. Der kurzfristige „deal“, das Handeln von Fall zu Fall, ist das Mittel der Wahl geworden. Feste Bindungen sind kaum noch gewünscht. Längerfristige Strategien sind kaum mehr erkennbar. Ziel ist häufig nur noch die Durchsetzung unmittelbar bestehender Interessen. Nicht nur bei den Vereinigten Staaten ist das zu beobachten. Die Liste der Beispiele ist lang und wächst von Tag zu Tag. Aktuell: Der Rückzug der USA aus dem UNO-Menschenrechtsrat. Wie kann man diesem Ansatz entgegentreten?

Es liegt an uns Europäerinnen und Europäern, die Achtung des Völkerrechts einzufordern und die Fortsetzung multilateraler Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dazu wird ein höheres Maß an europäischer Zusammenarbeit und Integration notwendig sein. Jeder einzelne europäische Staat allein und für sich wird sich dem Drang zu einseitiger Interessensdurchsetzung nicht erfolgreich entgegenstellen können – nicht einmal Frankreich (mit ständigem Sitz im Weltsicherheitsrat) oder das Vereinigte Königreich (ebenfalls mit ständigem Sitz im Weltsicherheitsrat und weitreichenden Verbindungen im Commonwealth). Nicht nur, was außenpolitische Wirksamkeit angeht, sind wir in bestimmten Bereichen auf mehr Zusammenarbeit angewiesen. Wollen wir auch auf lange Sicht die Fähigkeit erhalten, unsere politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen in freier Selbstverantwortung selbst zu bestimmen, frei von äußerem Druck, so sind wir angehalten, unsere europäische Zusammenarbeit noch weiter zu vertiefen – mit größeren und mutigeren Schritten, als das bislang der Fall war.

Aber in welchem Zustand befindet sich die Europäische Union? Es steht nicht zum Besten. Die Wahrnehmung nationaler Interessen steht immer mehr im Vordergrund; Solidarität und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit schwinden dahin. Der Gedanke des Ausgleichs zwischen den Mitgliedsstaaten ist immer weniger präsent. Gemeinsames Handeln wird immer schwieriger. Im Zuge der Euro-Rettungspolitik war Solidarität ein knappes Gut – so wurden die strengen Auflagen jedenfalls verstanden. Eine Neuordnung des Asylrechts, eine Änderung der Dublin-Verordnung, ist seit Jahren nicht erreichbar – trotz größter Bemühungen: Zu stark sind die Interessen bestimmter Mitgliedsstaaten, zu gering die Bereitschaft zu einem sinnvollen Ausgleich. Die Liste ließe sich fortsetzen. Die EU hat nicht nur im Bereich der Außenpolitik Mühe, ein gemeinsames Vorgehen zu organisieren. Sie ist darüber hinaus auch im Inneren geschwächt; sie kann zentrale Gemeinschaftsaufgaben nicht effektiv wahrnehmen.

Daneben leidet die Union an einem weiteren, institutionellen Problem: Die Politik der vergangenen Jahre war geprägt von einem Misstrauen gegenüber den bestehenden Institutionen, insbesondere dem Europäischen Parlament und der Kommission. Viel eher war man bereit, abseits dieser Institutionen, auf einer neuen, eigenständigen, völkerrechtlichen Grundlage, neue Einrichtungen zu schaffen – zumeist, um eine akute Krise zu lösen. Die Konsequenz: Eine schwer überschaubare institutionelle Struktur, unklare Verantwortlichkeiten, kaum ausreichende Befugnisse, und eine schwächere, weil nur höchst

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

mittelbare, demokratische Legitimation. EU-Skeptiker und -gegner aus allen Mitgliedsstaaten werden nicht müde, den Finger in diese Wunden zu legen: Ein „abgehobenes Eliten-Projekt“ sei die EU und viele Institutionen könnten durch die Bürgerinnen und Bürger kaum beeinflusst werden.

Nun gibt es aber auch Fortschritte: Macrons Initiative wird (verhalten, aber immerhin) positiv beantwortet – auch ein Erfolg unserer Partei in den Koalitionsverhandlungen. Wir tun gut daran, die Umsetzung dieses für die EU lebenswichtigen Fortschritts voranzutreiben. Uns muss bewusst sein, dass die europäische Integration seit jeher über viele Zwischenschritte verwirklicht wurde. Das nimmt uns aber nicht die Verpflichtung, auch langfristige Ziele zu entwerfen. Über den Tag hinaus gedacht müssen wir daher bald beginnen, für weitere und größere Schritte zu werben. Diese Schritte müssen das Ziel haben, klarere Verantwortlichkeiten zu schaffen und unmittelbarere demokratische Legitimation und Kontrolle zu ermöglichen (vor allem über das EU-Parlament); sie müssen das Ziel haben, der Union wirksamere Befugnisse zur Erfüllung der gemeinschaftlichen Aufgaben zu geben; sie müssen das Ziel haben, auch in der alltäglichen Politik die Gedanken des Ausgleichs und der Solidarität in stärkerem Maße zur Geltung zu bringen. Welche Maßnahmen sind im Einzelnen sinnvoll? Gerade auch im Hinblick auf die kommende Europawahl im nächsten Jahr hoffe ich auf eine ausführliche Diskussion in der Partei. Weitere Gedanken dazu von meiner Seite folgen in Kürze.

Machtspiel/Streit bei der Union: Die Möglichkeiten der Kanzlerin und der SPD

Von Mark Schuster

Die Union steckt in der ernsthaftesten Krise seit es die Unionsgemeinschaft gibt. Bundeskanzlerin Merkel und Bundesinnenminister Seehofer streiten sich um ein Aspekt des (noch) geheimen Masterplans des Ministers. Laut eigenen Angaben Seehofers und der CSU sieht dieser Masterplan vor, Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen, wenn diese keinen rechtlichen Zugang ins Land hätten. Dies wäre der Fall, wenn diese Personen keine Zugangserlaubnis besitzen oder schon in einem anderen EU- oder „Dublin-Land“ registriert worden sind. Dies widerspricht offenkundig der Politik der Kanzlerin und großer Teile der SPD. Nachdem Seehofer und seine CSU auf alle Punkte des Masterplans beharrten und sogar den Bundestag lahmlegten, ist am Montag, 18. Juni, ein Ultimatum an die Kanzlerin gestellt worden.

Wenn dieser Streit mit der CSU sich weiter eskaliert, und das wird er meiner Ansicht nach, besitzen die Kanzlerin und auch die SPD als Koalitionspartner im Falle einer Konfrontation verschiedene Möglichkeiten:

Die Möglichkeiten der Kanzlerin

Die Möglichkeiten der Kanzlerin im Falle einer Konfrontation (keine Einigung) ergeben sich aus dem Grundgesetz:

1. Artikel 65 [Richtlinienkompetenz, Verantwortung]
   Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. [...].

   Unter dieser Richtlinienkompetenz fallen juristisch gesehen auch Einzelentscheidungen (Weisungen), wenn diese Einzelentscheidung von besonderer Bedeutung für die Staatsleitung ist. Auch innerhalb dieser einzelnen Richtlinie besitzt dann Horst Seehofer einen ausfüllenden Gestaltungsspielraum, muss sich aber der Richtlinienkompetenz beugen. Spricht die Kanzlerin diese Richtlinienkompetenz aus, ist ein weiterer Bruch bis zum Ende der Unionsgemeinschaft mehr als wahrscheinlich.
2. Artikel 64 [Ernennung der Bundesminister]
   (1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.

   Weigert sich Horst Seehofer, die Richtlinie Merkels auszuführen oder umgeht diese sogar, muss Angela Merkel den Innenminister entlassen. Danach bestimmt die CSU einen neuen Kandidaten für das Innenressort oder sie kündigt die Unionsgemeinschaft auf.
3. Artikel 68 [Vertrauensfrage]
   (1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen 21 Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

   Im Falle einer Aufkündigung der Unionsgemeinschaft muss Angela Merkel die Vertrauensfrage stellen, um die CSU wenigstens in der Koalition zu halten oder den Platz für einen Nachfolger freimachen. Ohne die CSU fehlt der SPD/CDU drei Stimmen zur sogenannten Kanzlermehrheit.

Die Möglichkeiten der SPD

Die Möglichkeiten der Sozialdemokraten beschränken sich vor allem auf die Rolle des Vermittlers. In dieser Rolle muss es den führenden Sozialdemokraten gelingen, der CSU klar zu machen, was auf dem Spiel steht und dass es nicht um Einzelwünsche der CSU geht, sondern um die Einheit des Landes und der Regierung. Andreas Nahles, Olaf Scholz, etc. müssen jetzt ihr bestes machen und nicht nur die Kanzlerin eine europäische Lösung finden lassen. Es muss auch der CSU sachlich klar gemacht werden, dass europäisches Recht nur mit Hilfe der anderen EU-Staaten umgesetzt werden kann und nicht durch nationale Alleingänge. Die For-

derung der CSU ist ja rechtlich und politisch einwandfrei, aber nur europäisch durchsetzbar. Diese Flüchtlinge können nach einem erfolgreichen Asylverfahren in den europäischen Staaten nach Deutschland aufgrund der Freizügigkeit kommen. Das muss die SPD der CSU klar machen. Eine Drohung, dass die SPD auch das letzte Wort haben muss, ist richtig, entschärft die Lage aber nicht. Einigen sich CSU und CDU, ist es unter aller Voraussicht eine europäische Lösung, die uns Sozialdemokraten als „Europa-Partei“ schmecken kann. Deswegen heißt es nun für uns: Vermitteln.

Die Entscheidung der CSU über die Lösung der Kanzlerin auf dem EU-Gipfel wird eine richtungsweisende für die Koalition und für den Landtagswahlkampf sein. Wir können nur noch abwarten. Und das möchte die CSU: die Macht des Entscheidens. Auch der CSU muss klar sein, dass eine Regierungskrise in Berlin ihr in Bayern nicht helfen kann, die absolute Mehrheit zu halten. Seien wir gespannt, was noch alles passiert. Spannend ist es ja allemal.

Die „drohende Gefahr“ der CSU – was ist das?

Eine Annäherung zu diesem Rechtsbegriff

Von Mark Schuster

Kein juristischer Begriff hat in der letzten Zeit den Freistaat und die Bundesrepublik so in Aufruhr gebracht, wie die Definition der „drohenden Gefahr“ von der bayerischen Staatsregierung. Die Kritiker werfen dieser Definition vor, die es im Sommer 2017 in das BayPAG geschafft hat, dass sie zu unbestimmt sei und sich deshalb auch eine große Verunsicherung bezüglich der Eingriffsmöglichkeiten der bayerischen Polizei in der Bevölkerung breit gemacht hat. Dieser Begriff wurde nun mit dem PAG-Neuordnungsgesetz im Mai 2018 für alle Maßnahmen einschließlich der neuen, ebenfalls umstrittenen, Befugnisse eingefügt. Der Begriff der „konkreten Gefahr“ wurde damit ersetzt.

Da ist neben der politischen Analyse auch eine einfache juristische Analyse unabdingbar. Die Definition aus Art. 11 III BayPAG lautet:

Die Polizei kann unbeschadet der Abs. 1 und 2 die notwendigen Maßnahmen treffen, um den Sachverhalt aufzuklären und die Entstehung einer Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut zu verhindern, wenn im Einzelfall

1. *das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet oder*
2. *Vorbereitungshandlungen für sich oder zusammen mit weiteren bestimmten Tatsachen den Schluss auf ein seiner Art nach konkretisiertes Geschehen zulassen,*

wonach in absehbarer Zeit Angriffe von erheblicher Intensität oder Auswirkung zu erwarten sind (drohende Gefahr), soweit nicht die Art. 12 bis 48 die Befugnisse der Polizei besonders regeln. Bedeutende Rechtsgüter sind:

1. *der Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,*
2. *Leben, Gesundheit oder Freiheit,*
3. *die sexuelle Selbstbestimmung,*
4. *erhebliche Eigentumspositionen oder*
5. *Sachen, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse liegt.*

Analyse Tatbestand

In der ersten Analyse des Tatbestandes dieser Norm fällt die Betonung des Einzelfalls und des individuellen Verhaltens auf. Damit wird sichergestellt, dass niemand oder keine Ethnie etc. von vorherrein Objekt polizeilicher Maßnahmen wird. Um dieses Objekt zu werden, muss die betroffene Person ein bestimmtes gesetzeswidriges (nicht faktisch, sondern eher erhärteter Verdacht) Verhalten gezeigt haben.

Aber was für Voraussetzungen werden nach dem Art. 11 III BayPAG für dieses individuelle Verhalten und den Vorbereitungshandlungen verlangt?

Beides, das Verhalten und die Vorbereitungshandlungen, müssen eine konkrete Wahrscheinlichkeit begründen, dass in absehbarer Zeit ein Angriff von erheblicher Intensität zu erwarten sind.

Was bedeutet das alles?

Die konkrete Wahrscheinlichkeit lässt sich sehr gut erklären mit einer hohen Wahrscheinlichkeit oder „mit an sicher grenzenden Wahrscheinlichkeit“. Dabei muss die Wahrscheinlichkeit, dass diese Annahme falsch ist, sehr gering sein. Somit muss für eine polizeiliche Maßnahme eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit zugrunde liegen.

Schwieriger wird dies schon bei den Begriffen der „absehbaren Zeit“ und der „erheblichen Intensität“. Im normalen Sprachgebrauch ist die „absehbare Zeit“ mit „demnächst/in der nächsten Zeit/kurzfristig“ oder mit „gegenwärtig“ definiert. Dieses enge Verständnis sollte auch in Sinne dieses Gesetzes gelten, da sonst die Zeit nicht abgrenzbar ist und im Grunde alles darunter subsumiert werden kann. Um dies vorzubeugen, muss das enge Verständnis von gegenwärtig angewandt werden. „Erheblich“ ist sodann mit „von großem Umfang“ ähnlich. Dort liegt dann das Problem, wie man dies dann weiter eingrenzt. Ist schon der Angriff auf die körperliche Unversehrtheit/Wohlbefinden mindestens einer Person erheblich oder erst ab fünf Personen? Diese Eingrenzung fällt sehr schwierig aus und lässt sich auch sehr schwierig eingrenzen. Meiner Meinung nach soll der Angriff auf eine Vielzahl von Menschen (mindestens 3) gerichtet sein, damit der Angriff eine „erhebliche Intensität“ annimmt.

Zusammenfassung Tatbestand: Um den Tatbestand der „drohenden Gefahr“ zu verwirklichen, muss eine Person oder Personengruppe Vorbereitungshandlungen zu einem gegenwärtigen Angriff oder einen gegenwärtigen Angriff auf eine Vielzahl von Personen betätigen oder planen. Damit zeigt sich schon, dass diese Definition nur in der Terrorabwehr oder in der Abwehr von generellen Attentätern anzuwenden ist.

Analyse „bedeutende Rechtsgüter“

Diese „bedeutenden Rechtsgüter“ aus

Art. 11 III Satz 2 BayPAG sind:

1. der Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
2. Leben, Gesundheit oder Freiheit,
3. die sexuelle Selbstbestimmung,
4. erhebliche Eigentumspositionen oder
5. Sachen, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse liegt.

Aufgrund der oben stehenden Argumentation sind die Nummern 1 und 2 unproblematisch. Bei Nummer 3 muss die Frage aufgeworfen werden, was alles unter der sexuellen Selbstbestimmung zu zählen ist. Gesellschaftlich zählt unter der sexuellen Selbstbestimmung auch das Recht einen gleichgeschlechtlichen Partner zu haben. Es ist aber davon auszugehen, dass hier der ganze strafrechtliche Abschnitt des Strafgesetzbuches (StGB) der §§ 174 StGB gemeint ist. Da die ganze Definition der „drohenden Gefahr" juristisch veranlagt ist, ist die letztgenannte Annahme vorzugswürdig. Doch ob das Beispiel der CSU des Stalkers unter Nummer 3 fällt ist mehr als fraglich, denn dieses Nachstellen einer Person ist schon durch § 238 StGB geschützt und kann durchaus schnell durchgesetzt werden. Dazu braucht es auch nicht die „drohende Gefahr", sondern es reicht auch die „konkrete Gefahr".

Nummer 4 nennt als bedeutendes Rechtsgut erhebliche Eigentumspositionen. Aber was sind erhebliche Eigentumspositionen? Dieser Punkt ist unbestimmt, da jede Person ihr Eigentum individuell gewichtet und somit für den Polizeibeamten und den Richtern als objektiver „Beobachter" nicht leicht zu durchschauen ist, was darunter zu subsumieren ist. Rechtspolitisch würde ich als erhebliche Eigentumspositionen eine Wohnung/ein Haus, ein gerechtes Einkommen und Sachen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, nennen. Aber selbst dies ist zu unbestimmt, aber noch expliziter als nur „erhebliche Eigentumspositionen". Zusammenfassend ist Nummer 4 damit zu unbestimmt und gehört gestrichen.

Unter Nummer 5 zu subsumieren ist schwierig. Was sind „Sachen, deren Erhalt im besonderen öffentliche Interesse liegen"? Sind das Rathäuser, Flughäfen, Bahnhöfe, Gleisnetzwerke? Oder doch Institutionen, wie Feuerwehr, Polizei oder städtische und staatliche Einrichtungen? Aufgrund der oben stehenden Substitution des Tatbestandes muss das Wort „Sachen" durch „Institutionen" ersetzt werden, da ansonsten auch „Sachen" zu unbestimmt ist.

Zusammenfassung Rechtsgüter: Wenn man Nummer 3 unter die konkrete Gefahr stellt, Nummer 4 komplett streicht und in Nummer 5 das Wort „Sachen" durch „Institutionen" ersetzt, sind die Rechtsgüter mit der „drohenden Gefahr" vereinbar.

Abgrenzung zwischen „drohender Gefahr" und „konkreter Gefahr"

In der Berichterstattung der Kritiker und den Befürwortern sowie in diesem Text wird der oben definierte Begriff der „drohenden Gefahr" mit dem Begriff der „konkreten Gefahr" verglichen. Da ist es erforderlich, beide Begriffe zum kurzen Verständnis abgrenzen.

Die „drohende Gefahr" ist aufgrund der oben stehenden Argumentation eine Tatvorbereitung/-planung auf einen gegenwärtigen Angriff auf ein bedeutendes Rechtsgut, der auf eine Vielzahl von Personen gerichtet ist.

Konkrete Gefahr besteht, wenn bestimmter Sachverhalt einen Schadenseintritt in nächster Zeit erwarten lässt (Beispiel: Die Bombe tickt...; Sturzflug auf das Erlanger Schloss).

Es fällt auf, dass beide Begriffe relativ gleich sind, nur dass durch die „drohende Gefahr" früher Maßnahmen getroffen werden dürfen.

Fazit

Alle Argumentationen und Subsumtionen des Tatbestandes und zu den „bedeutenden Rechtsgütern" sind juristisch veranlagt und auch teils juristisch erklärt bzw. subsumiert. Dabei war es auch schwierig, passende Erklärungen zu finden. Und das soll bei allen Gesetzen gerade nicht sein. Aus dem Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 III GG) lässt sich das Bestimmtheitsgebot ableiten, das besagt, dass alle Gesetze so bestimmt/genau erklärt sein sollten, dass alle Bürger ihr Verhalten danach richten können. Die absolute Grenze ist dabei die Wortlautgrenze. Solange man die fraglichen Begriffe aus Sicht eines Nicht-Juristen erklären oder definieren kann, sind diese bestimmt und mit dem Grundgesetz vereinbar. Aber da es aus juristischer Sicht schon teilweise sehr schwierig ist, unter die Definition der „drohenden Gefahr" zu subsumieren, ist dies dem Nicht-Juristen unzumutbar. Aus diesem Grund ist der Begriff der „drohenden Gefahr" zum Teil zu unbestimmt und damit verfassungswidrig.

Protokoll zur Distriktsversammlung vom 20. Juni

Nach der Begrüßung der Mitglieder durch die Distriktvorsitzende Tanja Amon wird der vorgeschlagenen Tagesordnung einstimmig zugestimmt. Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgte fristgerecht.

Diskussionsthemen:

1. #SPDerneuern – Diskussion zur Erneuerung der SPD

Die SPD muss sich als Partei grundsätzlich programmatisch und organisatorisch erneuern. Das Herzstück dieser Erneuerung ist die programmatische Erneuerung. Es müssen Antworten gefunden werden, die weit über das Jahr 2021 hinaus reichen. Die SPD muss ihre Erfolge auch besser kommunizieren. Die Öffentlichkeitsarbeit muss auch eine wichtige Aufgabe in der Parteiarbeit sein. Die SPD muss sich in den sozialen Medien stärker präsentieren und Gegenposition zu den Unwahrheiten, Falschbehauptungen, Lügen und Hassbotschaften beziehen.

Es gilt, die Vielfalt unserer Natur

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

und Umwelt zu bewahren, denn sie ist unsere Zukunft. Die Mächtigen und Superreichen dieser Welt bestimmen maßgeblich die Richtung und das Denken, die Erde und Menschen ausbeuten. Da gelte es, gegenzusteuern. Wir müssen auf Demokratie und Freiheit setzen und Nein sagen zu Hass und Gewalt. Die Wirtschaft wird sich nicht allein aus sich heraus verändern, dafür braucht es das Wissen und die Beiträge von vielen Akteuren. Das Ziel der Wirtschaft darf nicht der Profit sein sondern der Gemeinsinn. Dazu braucht es eine Gemeinwohl-Ökonomie. Angesetzt werden müsse bei der Politik, die sich für einen fairen Handel und Transparenz einsetzt. Im Zentrum müssen auch weitere grundsätzliche programmatische Fragen stehen: Wie kann die ökologische Verkehrswende gelingen? Wie kann eine giftfreie Landwirtschaft erreicht werden? Können durch die Einführung einer CO_2-Steuer die Emissionen von CO_2 reduziert werden? Wie kann der Ausstieg aus der Kohleverstromung sozial verträglich gestaltet werden?

Die SPD muss sich deutlich von der CSU und von Teilen der CDU in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik distanzieren. Es muss klar sein: Nationale Alleingänge sind der falsche Weg. Für eine gemeinsame Flüchtlingspolitik in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern und für ein europäisches Einwanderungsgesetz.

2. Wie können die Distriktversammlungen attraktiver und moderner gestaltet werden ?

Öffnung für alle, Bürgerdialoge, Diskussion mit Referenten zu aktuellen Themen in der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Die Pressearbeit soll verbessert werden (Kontaktaufnahme mit der Lokalredaktion der Erlanger Nachrichten).

3. Flyer zum Bürgerbus für Senioren und der AWO

Verteilung nach den Sommerferien an alle Haushalte.

4. Fuß- und Radweg zwischen Weisendorfer Straße und Brühl

Um zum nördlich des Seebachs gelegenen Ortsteil von Dechsendorf zu gelangen, fehlt die Fortführung dieses Weges von der Weisendorfer Straße zur Straße Brühl. Der Auftrag zur Erstellung einer Vermessung der Böschungen sowie der Baumstandorte wurde erteilt. Weiterhin müssen die Anschlüsse an das bestehende Radwege- bzw. Straßennetz überplant werden. Die Planung inklusive der notwendigen Abstimmungen mit den betroffenen Belangen soll im Jahr 2018 erfolgen. Anschließend soll der notwendige Erwerb von Flächen mit den Grundstückseigentümern abgestimmt werden.

5. Aktuelle Themen im Stadtteil: Fuß- und Radweg an der Südwestseite der Kreisverkehrsinsel Röttenbacher Straße/Altkirchenweg; Aktuelles zum Konzept Naherholungsgebiet Dechsendorf Weiher; Aktuelles zum zentralen Verkehrsübungsplatz mit Freizeitflächen

Die anwesenden Mitglieder sind der Meinung, dass an dem Fuß- und Radweg nahe der Kreisverkehrsinsel keine Änderungen vorgenommen werden müssen. Radfahrer, die von Röttenbach in Richtung Dechsendorf mit dem Fahrrad unterwegs sind, müssen am Altkirchenweg auf die Vorfahrt achten. Es liegt in der Verantwortung der RadfahrerInnen, darauf zu achten, dass am Altkirchenweg die Vorfahrt der anderen Verkehrsteilnehmer zu beachten ist. Rücksichtsloses und zu schnelles Fahren kann zu Unfällen führen, die jedoch vermieden werden können.

Mit dem Konzept Naherholungsgebiet Dechsendorfer Weiher sollen die Entwicklungspotentiale für die Freizeit- und Erholungsnutzung aufgezeigt werden. Es sollen Flächen identifiziert werden, die für einen Fitnessparcours, Kinderspielplatz und Baumpflanzungen geeignet sind. Zeitrahmen der Umsetzung: April bis Oktober 2018. Bürgerbeteiligung: Erfolgte im Rahmen eines Workshops am 20. April 2018 in der Vereinsgaststätte des FC Dechsendorf.

Die Stadtverwaltung errichtet auf dem Allwetterplatz an der Grundschule Dechsendorf einen zentralen Verkehrsübungsplatz für die Verkehrserziehung der GrundschülerInnen im Stadtgebiet. Weiter werden verschiedene Freizeitflächen integriert. Geplant ist die Fertigstellung bis zum Ende der Sommerferien. Investitions- und Planungskosten 2018: 400.000 Euro; Folgekosten für den Unterhalt ca. 8.200 Euro jährlich. Bürgerbeteiligung: Die Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger hat stattgefunden. Die Einbindung des Ortsbeirates Dechsendorf ist ebenfalls erfolgt.

6. Verschiedenes:
Ursula Lanig wird im Stadtrat nachfragen, ob die Aufstellung von Schildern mit 30 km/h vor der Grundschule geplant ist und wann mit der Umsetzung begonnen wird.

Ab Dezember 2018 wird der Stadtteil Dechsendorf mit dem Regionalbusverkehr nicht mehr ausreichend erschlossen. Die Haltestelle Naturbadstraße wird von der Linie 205 nicht mehr bedient.

Die Haltestellen Dechsendorfer Weiher und Loheweg sollen daher mit einem Pendelbus erschlossen werden. Der Takt von der Linie 283 soll von Montag bis Freitag 60 Minuten betragen und am Samstag 120 Minuten.

Gerhard Carl

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 18. Juli, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossin, lieber Genosse,
wir möchten dich ganz herzlich zu unserer nächsten Distriktversammlung einladen. Diese findet statt am

Dienstag 10. Juli, 19:30 Uhr, Gemeindezentrum Frauenaurach (Geisbühlstraße 4)

Folgende **Tagesordnung** wird vorgeschlagen:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Berichte aus den Ortsbeiräten
4. #SPDerneuern – Bericht und Diskussion zum Papier: „Aus Fehlern lernen – Eine Analyse der Bundestagswahl 2017“
5. Bussituation Linien 201/281
6. Sonstiges

Über eine zahlreiche Teilnahme und rege Diskussion würden wir uns sehr freuen.

Die nächste Sitzung findet am 4. September statt

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Distriktsversammlung am 12. Juni

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt

2. Aktuelles
Die Pläne zum Baugebiert Erlangen West III macht den Erlanger Bauern große Sorgen. Das Gebiet betrifft ca. 10 Prozent der Erlanger Agrarfläche und könnte damit das Aus für den ein oder anderen Landwirt in Erlangen bedeuten. Die Bauern haben sich nun organisiert um gegen das Vorhaben vorzugehen. Es wurde über die ungünstige Kommunikation und Zeitschiene der SPD-Fraktion im Stadtrat gesprochen, die man durchaus hätte etwas optimieren können. Über die Notwendigkeit neues (und bezahlbaren) Wohnraums herrschte Einigkeit.

3. Berichte aus den Ortsbeiräten
Stefan Greim ist zum 1. Juni als Nachfolger von Gabi Dorn-Dohmstreich in den OBR Frauenaurach berufen worden.Die nächste Sitzung des OBR Frauenaurach ist (zum Zeitpunkt des Protokolls) am 27. Juni, von Hüttendorf am 21. Juni. Der

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

nächste OBR Kriegenbrunn ist am 18. Juli um 19:30 im Gasthaus zur Linde.

Seit diesesm Jahr gibt es eine große Veränderung in den Orts- und Stadtteibeiräten. Diese erhalten ein eigenes Budget (je nach Größe zwischen 500 Euro und 5000 Euro), über das innerhalb des Gremiums frei entschieden werden kann. Die Stadt prüft nur, ob es rechtlich für diesen Zweck genutzt werden darf.

4. Polizeiaufgabengesetz
Jens Schäfer berichtet anhand der Unterlagen von Mark Schuster – der Aufgrund von Krankheit kurzfristig absagen musste – zum PAG. Danach findet eine Diskussion dazu statt, bei der klar wird, das ein Großteil der Regelungen kritisch gesehen wird. Wer die Unterlagen haben möchte, wendet sich bitte per Mail an schaefer-jens@gmx.net

5. Sonstiges
Nächste Sitzungen am 10. Juli (Thema: #SPDerneuern – Aus Fehlern lernen; Bussituation) und 4. September (Thema vermutlich Landtags- und Bezirkstagswahl). Im August findet keine Sitzung statt. Die Sitzungen finden in Zukunft im Mehrzweckraum des Gemeindezentrums (ehemals AWO) statt.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am 24. Juli, 20 Uhr, Kulisse

Unsere weiteren Termine 2018: 18. September, 16. Oktober, 13. November und 11. Dezember. 16. Oktober und 11. Dezember werden gemeinsame Sitzungen mit den Jusos sein.

Für den Vorstand
Monika Fath-Kelling

Liebe Genoss:innen,
unsere nächste Sitzung findet statt am

Dienstag, 24. Juli, 19:30 Uhr, Pizzeria Romana (Brückenpaulus, Schronfeld 74)

Ich werde euch eine Studie der gewerkschaftsnahen Böckler-Stiftung zu den Ängsten der Arbeinehmer:innen in Deutschland vorstellen.

Die erste Sitzung nach der Sommerpause wird am Dienstag, 18. September sein. Das genaue Thema der Sitzung werde ich euch per Mail mitteilen.

Solidarische Grüße
Munib

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktssitzung im Juli wird ein kleines bisschen anders laufen als gewohnt. Statt mittwochs findet diese donnerstags statt, um auch denjenigen eine Chance zu geben, die mittwochs wegen anderen Terminen nie können und statt in Büchenbach im Güthlein werden wir uns in Alterlangen im Drei Linden – Zum Krapp treffen. Auch inhaltlich ist die nächste Distriktssitzung ganz auf Alterlangen bezogen. Wir werden uns mit den aktuellen Themen des Alterlanger Stadtteilbeirates beschäftigen: Darunter der Neubau der Sporthalle des Albert-Schweitzer-Gymnasiums und das Fahrradfahren auf der Möhrendorfer Straße.

Die nächste Distriktssitzung findet statt am

Donnerstag, 12. Juli, 20 Uhr, Drei Linden zum Krapp

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:
1. Themen des Alterlanger Stadtteilbeirats
2. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
3. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
4. Verschiedenes

Solidarische Grüße,
Tobias Körber

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Protokoll der gemeinsamen Vorstandssitzung von Unterbezirk und Kreisverband Erlangen-Höchstadt am 7. Juni

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde angenommen

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung am 12. April
Dem Protokoll wurde zugestimmt

TOP 3: Stand offener Punkte
- Veranstaltung SPD-Grundwerte: Johanna Ueckermann hat für den 13. Juli zugesagt
- Geplanter Besuch in Regensburg: Termin und Ablauf sind noch offen

TOP 4: Bericht aus den Kreisverbänden
- Das diesjährige Treffen mit den Jenaer Genossen findet am 28. Juni in Jena statt. Nach anfänglich 19 Personen fahren nun 11 Personen zu einem eintägigen Besuch.
- Die Filmnachmittage werden auch im Herbst gemeinsam mit den IG Metall-Senioren fortgesetzt. Gezeigt werden
  - am 12. September „Die Kinder des Monsieur Mathieu“,
  - am 10. Oktober „Der Klub der toten Dichter“
  - am 14. November „Die Physiker“.

  Beginn ist jeweils 15 Uhr im IG-Metall-Saal.
- Altlandrat Eberhard Irlinger möchte den KV ERH der AG 60plus wiederbeleben. Der Punkt wird auf der nächsten Vorstandssitzung detaillierter besprochen.

TOP 5: Vorbereitung des Besuchs in der Wilhelmine am 22. Juni, 16 Uhr
Maximal 10 Teilnehmer können an dem Besuch teilnehmen. Hartmut lädt noch

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

einmal per E-Mail bzw. telefonisch ein.

Top 5: Vorbereitung der Veranstaltung mit Johanna Ueckermann am 13. Juli
Die Veranstaltung ist eine Veranstaltung des SPD-Unterbezirks, nicht der AG 60plus. Der Zweck der geplanten Veranstaltungsreihe sollte es sein, Diskussionsraum für alle UB-Mitglieder zu schaffen. Die AG 60plus hat ihre Mitwirkung zugesagt, Diskussionsthemen aufgelistet und die erste Referentin eingeladen. Thema der Veranstaltung ist die Neuausrichtung der Partei an Hand ihrer Grundwerte. Der Raum ist im Turnerbund bestellt, ansonsten hat der UB noch nichts vorbereitet. Die Veranstaltung ist öffentlich. Hartmut wird die Veranstaltung im Monatsspiegel ankündigen. Das UB-Büro soll Schreiben an alle OV-Vorsitzende verschicken und diese sollen dann die Mitglieder informieren. Eine Pressemitteilung ist durch das UB-Büro zu erstellen. Der Ablauf könnte wie folgt sein:

1. Begrüßung und Einführung, UB
2. Referat, J. Ueckermann
3. Diskussion
4. Schlusswort, UB

Die Abholung und Betreuung von Johanna könnte durch 60plus erfolgen.

Anmerkung:
Nach der Sitzung wurde auf der GKV-Sitzung des Kreisverbands Erlangen im Beisein des UB-Vorsitzenden beschlossen, dass der Kreisverband Erlangen die Organisation der Veranstaltung übernimmt. Die Veranstaltung soll in einem größeren Rahmen stattfinden. Außerdem wurde von Johanna Uekermann der Termin aus beruflichen Gründen abgesagt, es muss ein neuer Termin gefunden werden.

TOP 7: Termine, sonstiges

- Der Termin der nächsten Vorstandssitzung ist Donnerstag, 26. Juli um 17 Uhr.
- Reservetermin (Vorbereitung Veranstaltung J. Ueckermann) ist Donnerstag, 5. Juli um 17 Uhr.
- Die Termine der Vorstandsitzungen sollen auch im Monatsspiegel veröffentlicht werden. Die Sitzungen sind parteioffen, jeder kann gern teilnehmen

Jörg Bubel

AsF

Sprecherinnen:

- Birgit Brod
  biggibrod@gmx.de
- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Valeria Fischer
- Katrin Hurle
  katrin9290@googlemail.com
- Johanna Pfister

Liebe Genossinnen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

AsF-Sitzung am Mittwoch, 11. Juli, 19 Uhr, August-Bebel-Haus (Sitzungszimmer)

Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Hauptthema: „Feminismus im Internet“
3. Sonstiges

Unser Hauptthema ist dieses Mal „Feminismus im Internet“. Du bist herzlich eingeladen, Seiten mit feministischen, frauenpolitischen, ... Themen vorzustellen. Wir sind schon gespannt welche „Sammlung“ zusammen kommt und freuen uns auf die Diskussion.

Herzliche Grüße
Euer AsF-Vorstand

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,
Unsere nächsten Sitzungen finden an folgenden Terminen statt (jeweils Dienstags):

- 3. Juli: Kommunale Wirtschaftspolitik
- 17. Juli: Stadtjugendring

Wir treffen uns dazu jeweils um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5, Eingang zum Sitzungszimmer unten am Parkplatz).

Rote Grüße
Munib